

Tabak-Arbeiter

Nr 50 / Bremen, den 14. Dezember 1929

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 A ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 A für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion u. der Anzeigenannahme Montag abends. Verantwortl. für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahms, für den Anzeigentell Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalfeldt & Co. Schmidt in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20, Telefon: Ami Domshöhe 21780. Geld- und Einschreibebestellungen an Johannes Krohn, Postfach 5348 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandelsbankgesellschaft beim Postfachamt Hamburg. Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen. Verbandsausführungsvorstand: L. Schöne, Hamburg, Seidenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24

Keine Flaumacherei!

Die Lage der deutschen Wirtschaft ist im ganzen gesehen nicht sehr rosig. Ein neuer konjunktureller Hochschwung läßt sehr lange auf sich warten. Es sind beinahe zwei Jahre her, wo man sagen konnte, daß alle Räder der deutschen Wirtschaftsmaschinerie in Schwung waren. Wie dem aber auch sei, gegenwärtig grassiert ein Fieber der Flaumacherei. Grau in grau wird die Lage der Wirtschaft gemalt. Dem schließen sich in der Regel sehr weitgehende Forderungen wirtschaftspolitischer, sozialpolitischer und steuerlicher Art an. Namentlich bezüglich der in Aussicht stehenden Steuerreform werden geradezu Wunderdinge erwartet. Vom Reichsverband der deutschen Industrie angefangen bis zur kleinsten Unternehmerorganisation werden Denkschriften ausgearbeitet und verbreitet, die eine vollständige Umkehrung des deutschen Steuerwesens zum Ziel haben. Daneben denkt man in erster Linie an die sogenannten sozialen Lasten, die man zu gleicher Zeit mittreffen möchte.

Aber die ganze Geschichte ist aufgebaut auf der flauen Stimmung bezüglich der Wirtschaftslage. Und da diese mißbraucht zu werden droht, ist es notwendig, sich mit ihr zu beschäftigen. Dies wird erleichtert dadurch, daß das Institut für Konjunkturforschung in seinem kürzlich erschienenen Vierteljahrshefte ausführlich die Wirtschaftslage betrachtet. Aber auch hier ist zu beobachten, daß das Institut manche Dinge in grauen Farben dick aufträgt, die unseres Erachtens eine solche Beurteilung nicht verdienen. Ueber die Wirtschaftslage Ende November bringt das Institut folgende Uebersicht:

In der ersten Hälfte dieses Jahres war die Wirtschaft den vom Kapitalmarkt ausgehenden Hemmungen in gewissem Umfang entzogen, da der Auslandsabsatz verstärkt zunahm, der Wohnungsbau durch öffentliche Mittel gestützt wurde und die Saisonbewegung eine Entlastung brachte. Seit Jahresmitte sind diese Faktoren nicht mehr in gleicher Weise wirksam. Die Arbeitslosigkeit steigt mehr als saisonüblich, Auftragseingang und Rohstoffeindeckung nehmen ab. Produktion und Umsatz konjunkturrempfindlicher Waren sinken. Die Preisbewegung ist weiter abwärts gerichtet. An den Kreditmärkten beginnt sich eine Entspannung anzubahnen. Den Anstoß hierzu gab die Erleichterung der internationalen Geldmärkte. Aber auch innerwirtschaftliche Gründe wirken mehr und mehr auf eine Erleichterung hin. Auf dem Kapitalmarkt hat diese Bewegung noch nicht übergegriffen. Immerhin sind die Kurse festverzinslicher Papiere teilweise gestiegen. Obwohl die auf einen Konjunkturrückgang hindringenden Spannungen somit nachgelassen haben, sind sie noch nicht überwunden. Ob die zu erwartende Entlastung der Kreditmärkte für sich ausreichen wird, den gegenwärtigen Konjunkturabschwung schon in den nächsten Monaten zum Stillstand zu bringen, ist daher nicht sicher. Die Wirtschaft dürfte jedenfalls nicht mehr weit davon entfernt sein, in eine konjunkturelle Depression einzutreten, in eine Phase also, die in ihrem weiteren Verlauf neuen Auftriebstendenzen Raum zu geben pflegt.

Die halbamtliche Stelle, die zur Erforschung der Wirtschaftslage geschaffen ist, glaubt also, daß eine konjunkturelle Gedrücktheit eintreten wird, die in ihrem weiteren Verlauf aus sich heraus gewisse Möglichkeiten zum Aufstieg schafft. Vor allem wird ein Umschwung auf dem Kapitalmarkt erwartet. Der Konjunkturrückgang in den letzten Monaten ist in allererster Linie durch die Kapitalknappheit beschleunigt worden. Um inländischen Kapitalmarkt war es nur in ganz geringem Umfange möglich, Anleihen unterzubringen. Wurden im Jahre 1928 noch 3 Inlandsanleihen in Höhe von 1147 Millionen Mark untergebracht, so konnte der deutsche Kapitalmarkt vom 1. Januar bis Ende November nur mit 503 Millionen Mark, also nicht einmal der Hälfte in Anspruch genommen werden. Der nicht geringe Zu-

strom vom ausländischen Kapital hat in diesem Jahre fast vollständig gestockt. Im Jahre 1928 konnten noch 1601 Millionen Mark hereingenommen werden. In ähnlicher Höhe lagen auch die Jahre 1925 bis 1927. Anders war es in diesem Jahre. Bis Ende November betrug die Auslandsanleihen nur 336 Millionen Mark. Diese entfallen fast zu zwei Drittel auf das erste Vierteljahr. Im dritten Vierteljahr 1929 sind nur ganze 6,4 Millionen Mark Auslandsanleihen getätigt worden. Wenn man berücksichtigt, daß deutsches Kapital, wenn auch in geringem Umfange, über die Grenze fließt, so kann man feststellen, daß überhaupt kein Zufluß ausländischen Kapitals in diesem Jahre erfolgte.

Bei einer derartigen Sachlage ist der Tiefstand der deutschen Wirtschaft durchaus nicht unbegreiflich. Namentlich die Verhältnisse auf dem deutschen Bauplatz spiegeln dieses Mißverhältnis der Kapitalversorgung sehr deutlich wider. Es erhebt sich nun die Frage, inwieweit deutsche Stellen ihr möglichstes getan haben, um diese Kapitalkrise zu mildern. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, auf die Politik der Deutschen Reichsbank mit einigen Worten einzugehen. Die Leitung der Deutschen Reichsbank war es, die den Zustrom ausländischen Kapitals zuerst ins Stocken brachte. Es sind die bekannten Verhältnisse, die namentlich am Anfang dieses Jahres eine große Rolle spielten. Die geringe Diskontherabsetzung der Reichsbank ist fast ganz ohne Wirkung geblieben. In den großen Kapitalländern, vor allem in den Vereinigten Staaten und England, sind weitere Diskontermäßigungen vorgenommen worden. Die Reichsbank verhält sich ablehnend gegen die Forderung, den Diskont erneut herabzusetzen und dies, obwohl die Situation der Reichsbank eine weitere Geldverbilligung durchaus zuläßt. Die deutschen Noten sind zu etwa 60 v. H. durch Gold oder Devisen gedeckt. Würde die Reichsbank sich zu energischen Maßnahmen aufschwingen, würde es auch mit dem Kapitalmangel alsbald anders bestellt sein.

Man kann der „Frankfurter Zeitung“ nur zustimmen, wenn sie in ihrer Nr. 896 u. a. folgendes schreibt:

Es handelt sich hier um isolierte Vorgänge, die sich ganz überwiegend in der Sphäre des Geld- und Kapitalmarktes abspielten und die mit der inneren Gesamtlage der deutschen Wirtschaft mit der Arbeitsfähigkeit und Arbeitsleistung der deutschen Produktion nur lose im Zusammenhang stehen. . . .

Wir sollten uns also weniger durch die übertriebene Flaumacherei beeinflussen lassen. Es liegt in dieser Sache System. Man will eine anscheinend nie wiederkehrende Gelegenheit gründlich ausnutzen, um eine nicht genehme Richtung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu treffen. Es ist natürlich, daß bei einer solchen Strangulierung des Kapitalmarktes die Arbeitslosenzahlen in die Höhe gehen. Das Konjunkturinstitut rechnet im Monat Dezember mit einem weiteren Andrang auf dem Arbeitsmarkt. Im Januar und Februar soll die Arbeitslosenzahl rund 2 Millionen und Februar soll die Arbeitslosenzahl rund 2 Millionen und Februar soll die Arbeitslosenzahl rund 2 Millionen betragen. Das sind Zahlen, die bereits kalkulatorisch eingestellt wurden. Etwas Außergewöhnliches bedeuten sie nicht. Im ganzen gesehen ist kein Grund zur übertriebenen Flaumacherei vorhanden. Die Arbeiterschaft muß sich ganz energisch dagegen wehren, eine augenblickliche Schwäche der Wirtschaft dazu zu benutzen, um bestimmte Forderungen steuerlicher Art und namentlich auf dem Gebiet der Sozialversicherung besser durchdrücken zu können. Der deutsche Produktionsapparat zeigt ein durchaus gesundes Aussehen, wenn auch hier und da Lähmungserscheinungen zutage treten.



Tabakgewerbe



Renaissance des Schnupftabaks

Amerika wird bald wieder ein Produkt in hohen Ehren sehen, das man lange Zeit mit höhnischen Blicken betrachtet hat — den Schnupftabak. Dieses prickelnde Pulver, sei es nun die goldfarbige, feinkörnige schottische Type oder der grobe, feuchte und dunkle Schnupftabak, den hauptsächlich die skandinavischen Farmer verwenden, ist scheinbar auf dem besten Wege, sich wieder die Gunst des Publikums zu erobern. Die Erzeugungsziffer zeigt ein stetes Ansteigen: von der geringen Summe von zwei Millionen Kilogramm, die im Jahre 1880 erzeugt wurden, ist sie im Jahre 1928 auf 20 Millionen Kilogramm gestiegen.

Wohin geht all dieser Schnupftabak? Wenn man zwei Kilogramm pro Person rechnet — gewiß ein reichlicher Betrag, selbst für den eifrigsten Verehrer dieses Krautes —, so schnupfen 10 Prozent der amerikanischen Bevölkerung.

In der alten Welt wurde der Tabak zuerst in der Form von Schnupftabak verwendet. Lange Zeit hindurch hielt man das Schnupfen für die einzig mögliche Art des Tabakkonsums der feinen Leute. Im Jahre 1559 brachte ein spanischer Hofarzt, Francis Fernando de Toledo, die ersten Tabakblätter nach Europa und führte sie bei Hof in der Form von Schnupftabak ein. Ein anderer Reisender dieser Zeit, Friar Romano Pane, der Columbus auf seiner zweiten Entdeckungsreise begleitete, schrieb, daß die Indianer ein Kraut gebrauchten, das sie zu Staub zermalnten und durch Stöcke einschnupften, was eine äußerst reinigende Wirkung hatte.

Der Anleitung Toledos folgend, prüften die Ärzte den Schnupftabak und schrieben ihm allerlei medizinische Tugenden zu. Das durch den Kitzel hervorgerufene Niesen wurde gelobt, da es das Gehirn reinige. Jean Nicot, der die Blätter nach Frankreich brachte, bot einige davon Katharina von Medici an und der Schnupftabak wurde ihrem Sohne Charles IX. zur Heilung seiner Kopfschmerzen verschrieben. Auf diese Weise von den königlichen Herrschaften gefördert, wurde dem Schnupftabak alsbald der Stempel der Galanterie aufgedrückt.

Der Schnupftabak wurde meist direkt durch die Nasenlöcher aufgesogen. Der Vorgang war ein sehr bestimmter und verlangte äußerste Grazie und Feinheit. Bei den Regern in den Baumwollfeldern ist das sogenannte „Eintauchen“ üblich. Es besteht darin, daß man einen kleinen Zweig kaut, bis er die Form einer Bürste hat. Diese wird in den Schnupftabak eingetaucht und im Munde zwischen den Kinnbacken und den Wangen zurückgehalten, bis das Produkt seinen Geschmack verliert. Die Tauchgewohnheit ist bei den älteren Regern gebräuchlich, besonders bei den Frauen.

Das Schnupfen gelangte viel rascher zu allgemeiner Beliebtheit als das Rauchen, denn es war einfach eine Anpassung an die lange schon bestehende Gewohnheit des Einatmens verschiedener aromatischer und reizender Pulver. Das Schnupfen war so beliebt geworden, daß Papst Urban VIII. im Jahre 1642 eine Exkommunikierungsbulle gegen jene erließ, die während des Gottesdienstes schnupften, indem er erklärte, daß sogar die Priester ihre Würde vergäßen und überall Tabak zu sich nahmen.

In früheren Zeiten machte sich jeder Schnupfer seinen Schnupftabak selbst. Er trug eine kleine runde Dose bei sich, die eine Tabakrolle enthielt, einen kleinen Faden, der als Reiber benützt wurde, und eine Nasenschaukel, die wie ein kleiner Löffel ausah. Mit diesen Gerätschaften mahlte er sich sein eigenes Pulver, wann immer ihn nach einer Prife verlangte. Als die Gewohnheit sich mehr und mehr verbreitete, brachten die Fabrikanten fertigen Schnupftabak auf den Markt. In England zog man das Rauchen vor, am Festlande jedoch herrschte das Schnupfen auf Kosten des Rauchens.

Während der Regierung Ludwig des Großen war in Frankreich das Schnupfen sehr in Mode und die Stellung und der Reichtum eines Mannes wurde nach dem Geschmacke und der Kostspieligkeit seines Schnupftabaks eingeschätzt. Sein Gebrauch hat sich rasch in Irland verbreitet und im Jahre 1646 schrieb Howell: „Die Irländer nehmen Tabak in Pulverform. Ich glaube, dies geschieht bei uns so häufig wie in England das Pfeifenrauchen“. Ein anderer Schreiber dieser Zeit gibt an: „Die Irländer sind alle für den Schnupftabak, um sich das Gehirn zu

reinigen.“ Die Schotten haben den Schnupftabak stets dem Rauchtobak vorgezogen. In England erlangte der Schnupftabak zum erstenmal Bedeutung, als im Jahre 1665 die Pest auftrat, da er desinfizierende Eigenschaften besaß.

Das eigentliche Schnupftabakalter begann jedoch mit der Regierung der Königin Anna. Die Damen schnupften und die Herren trugen äußerst elegante Schnupftabakdosen. Das Rauchen war bei den Schönen als ordinär verpönt. Ein Herr, der nicht schnupfte, verstieß gegen die Etikette. Das 18. Jahrhundert war die eigentliche Aera des Schnupftabaks. Die Herrschaften nahmen ihn in Prisen, das Küchenpersonal handollweise. Der Schnupftabak bildete einen wesentlichen Bestandteil des Lebens jener Zeit. Um sie zu verstehen, muß man ihrem Zynismus, ihren Geziertheiten, ihrer Galanterie, ihren Extravaganzen, ihrem Glanze und Geiste den Schnupftabak hinzufügen.

Die Geschichte ist reich an Erzählungen und Anekdoten über berühmte Persönlichkeiten, die den Schnupftabak gebrauchten. Napoleon beruhigte mit Schnupftabak seinen Geist. Man sagt von ihm, daß er ihn bei Waterloo unaufhörlich benützte, wobei er mehr verstreute als er aufzog. Ein zeitgenössischer Geschichtsschreiber entschuldigt dies, indem er bemerkte, daß „Waterloo“ eine sehr aufregende Sache war und der Kaiser viel Schnupftabak an seinen Kleidern verwüftete.“

Die eigentliche Kunst, eine Schnupftabakprife zu nehmen, besteht aus zwölf Handlungen:

1. Nimm die Schnupftabakdose in die rechte Hand. — 2. Gib sie von der rechten in die linke Hand. — 3. Klopfe die Dose. — 4. Öffne die Dose. — 5. Biete sie der Gesellschaft an. — 6. Nimm sie nach der Runde wieder an dich. — 7. Schiebe den Schnupftabak in der Dose zusammen, indem du die Seite mit dem Mittel- und Zeigefinger schlägst. — 8. Nimm eine Prife mit der rechten Hand. — 9. Halte den Schnupftabak einen oder zwei Momente zwischen den Fingern, bevor du ihn an die Nase führst. — 10. Führe den Schnupftabak an deine Nase. — 11. Saug ihn mit Genauigkeit durch beide Nasenflügel ohne Grimasse ein. — 12. Schließe die Schnupftabakdose, niese, spucke und wische die Nase.

Die Schnupftabakdose nahm ebenfalls eine einzigartige Stellung ein. Sie wurde das Pfand der Freundschaft und Bewunderung. Wundervolle Dosen aus Gold und Email, mit Juwelen besetzt, wurden als Zeichen der Gunst von Königen verschenkt. Handgemalte Miniaturbilder der Gerber verzierten oft den Deckel. Auf Besuch wellende Gefandte miteilerten miteinander im Beschenken juwelenbesetzter Dosen an die regierenden Monarchen, und Dosen wurden den Gefandten bei wichtigen Gelegenheiten, wie Thronbesteigungen, Krönungen und Heiraten unter den Königsfamilien, geschenkt. Gelegentlich der Krönung Georg IV. von England wurden einer Firma für Schnupftabakdosen, die für Geschenke an hohe Gäste bestimmt waren, mehr als 8000 englische Pfund bezahlt. Es wurde zur Liebhaberei, verschiedene Dosen für jede Gelegenheit zu haben. Manche trieben es so weit, für jeden Tag des Jahres eine andere Dose zu besitzen. (Aus österr. Raucherztg. „Der Raucher“ Nr. 12/29.)

Und dann die Demokraten . . .

Die demokratische Reichstagsfraktion erläßt einen Aufruf, in dem gefordert wird: Senkung der Einkommensteuer, Heraushebung der steuerfreien Grenze, Auseinanderziehung des Tarifs, Beseitigung der Gewerbesteuer und der Kapitalertragssteuer, Flächenertragssteuer für die Landwirtschaft. Zum Ersatz soweit nötig: Erhöhung der Steuern auf entbehrliche Genußmittel.

Nach den mündlichen und schriftlichen Äußerungen prominenter Demokraten wie Reinhold, Schreiber, Höpker-Aschhoff, Stolper usw. war eine andere Stellungnahme zur Besteuerung sogenannter Genußmittel kaum zu erwarten. Aber zur demokratischen Reichstagsfraktion gehört auch Herr Büll, Syndikus des Verbandes deutscher Zigarrenladen-Inhaber. Ist er auch der Meinung, daß auf entbehrliche Genußmittel, worunter im allgemeinen Sprachgebrauch auch Tabak und Tabakerzeugnisse verstanden werden, höhere Steuern gelegt werden sollen?

10 Jahre Tarifbewegung im Kautabakgewerbe

Am 12. Dezember führte sich zum zehnten Male der Tag, an dem in Erfurt der erste Reichstarifvertrag für die deutsche Kautabakherstellung abgeschlossen wurde. Dieser Vertrag regelte die Arbeitszeit, die Bezahlung der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, setzte für alle Beschäftigten gleichmäßige Ferien fest und schuf in drei Ortsklassen Grundlöhne für die Arbeiter und Arbeiterinnen. Damit war der Boden vorbereitet, auf dem eine organische Fortentwicklung des Tarifvertrages auf zentraler Grundlage möglich gewesen wäre.

Ein Teil der Kautabakfabrikanten wollte es jedoch anders. Am 17. November 1922 beschloß eine Versammlung des Kautabakverbandes mit einer Stimme Mehrheit, den am 30. des gleichen Monats ablaufenden Reichstarifvertrag nicht wieder zu erneuern. Die Scharfmacher unter den Kautabakfabrikanten, mit der Firma Gail (Gießen) an der Spitze, hatten den Sieg davongetragen. Sie glaubten mit der Zerschlagung des Reichstarifvertrages zugleich die Möglichkeit geschaffen zu haben, die Löhne drücken zu können. Aber sie hatten ihre Rechnung ohne die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter der Kautabakbranche gemacht. Bereits am 4. Dezember 1922 kam es wieder zum Abschluß eines Tarifvertrages mit den Kautabakfabrikanten von Nordhausen, Hann.-Münden, Mühlhausen, Eschwege und Wanfried. In diesen Orten waren mehr als zwei Drittel aller Kautabakarbeiter Deutschlands beschäftigt. Tarifkontrahent war auf Arbeiterseite der Deutsche Tabakarbeiter-Verband und auf Unternehmerseite die Arbeitgeber-Tarifgemeinschaft des Kautabakgewerbes.

Nach und nach gelang es, auch in den meisten übrigen Orten mit den einzelnen Kautabakfabrikanten zum Tarifabschluß zu kommen, so daß heute 10 Orts- bzw. Bezirkstarifverträge für 27 Betriebe der Kautabakherstellung bestehen, die Ende 1928 nicht weniger als 951 Arbeiter und 1161 Arbeiterinnen beschäftigten. Damit arbeitet die übergroße Mehrheit der Kautabakarbeiterschaft unter tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die zwischen dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband und den einzelnen Unternehmern bzw. Unternehmergruppen vereinbart worden sind. In den wenigen noch vorhandenen Betrieben ohne Tarifverhältnis richten sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse entweder nach den mit der Arbeitgeber-Tarifgemeinschaft des Kautabakgewerbes getroffenen Vereinbarungen oder nach den mit dem Rauchtabak- und Schnupftabakverband abgeschlossenen Verträgen.

Demnach kann ohne Uebertreibung gesagt werden, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in allen maßgebenden Betrieben der Kautabakbranche nach einheitlichen Grundsätzen erfolgt, so daß die Frage, ob Reichs- oder Ortsstarifvertrag, fast nur noch eine formale Bedeutung hat. Trotzdem würden wir es begrüßen, wenn es in nicht allzuferner Zeit wieder zum Abschluß eines Reichstarifvertrages kommen könnte, denn der jetzige Zustand erfordert auf beiden Seiten nur einen größeren Aufwand an Zeit und Kraft, ohne daß dadurch das sachliche Ergebnis wesentlich anders ist, als es beim Abschluß eines Reichstarifvertrages sein würde. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Kautabakbranche geben nach wie vor der Regelung auf zentraler Grundlage den Vorzug, so daß die Schwierigkeiten, die dem Abschluß eines Reichstarifvertrages entgegenstehen, nicht unüberwindlich sein dürften, wenn sich die Anschauungen der Kautabakfabrikanten in derselben Richtung bewegen. Glauben die Unternehmer jedoch an dem jetzigen Zustand festhalten zu müssen, dann gut. Die freigewerkschaftlich organisierte Kautabakarbeiterschaft wird auch so verstehen, ihr Recht zu wahren und ihr Interesse mit Erfolg zu vertreten.

Bei dieser Gelegenheit dürfte es nicht unangebracht sein, daran zu erinnern, daß es im Kautabakgewerbe auch schon in der Vorkriegszeit Tarifverträge gegeben hat. Der erste Tarifvertrag wurde am 9. August 1910 zwischen dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband und der Nordhäuser Kautabakarbeiter-Benennungsgesellschaft, dem jetzigen GGG-Betrieb vereinbart. Ihm folgte am 26. September 1912 ein weiterer Tarifvertrag, der von drei Nordhäuser Firmen ebenfalls mit dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband abgeschlossen wurde, nachdem es zuvor schon mit einer Firma in Gera zum Tarifabschluß gekommen war. Im Jahre 1913 gab es im Kautabakgewerbe 3 Tarifverträge für 6 Firmen mit 506 Arbeiterinnen und Arbeitern. So drängte die Kautabakarbeiterschaft schon in der Vorkriegszeit auf die Verwirklichung des Tarifgedankens. Die weitere Entwicklung der Dinge hat gezeigt, daß diese Pionierarbeit nicht umsonst gewesen ist.

Die Verbandsfunktionäre nehmen Stellung zur Tabaksteuer und Monopolfrage

Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes hat die Mitglieder des Verbandsbeirates, des Verbandsausschusses und die Gauleiter zum 15. Dezember nach Bremen eingeladen, um mit ihnen gemeinsam zur Tabaksteuer und Monopolfrage Stellung zu nehmen. Anlaß zur Einberufung dieser Tagung gab die Tatsache, daß die Reichsregierung noch im Laufe dieser Woche dem Reichstag die Grundlage ihres finanziellen Gesamtprogrammes zu unterbreiten gedenkt und im Zusammenhang damit die Gefahr einer Mehrbelastung des Tabaks droht.

Aufgabe der berufenen Verbandsvertreter wird es sein, nachdem sie sich über den Stand der Dinge unterrichtet haben, Mittel und Wege ausfindig zu machen, die geeignet sind, eine etwa geplante Mehrbelastung des Tabaks abzuwehren und auch sonst die Interessen der Tabakarbeiter bei den Auseinandersetzungen um die kommende Reichsfinanzreform in jeder Beziehung wahrzunehmen. Ueber Verlauf und Ergebnis der Bremer Tagung werden wir berichten.

Herr Litzke irrt sich

Herr Georg Litzke, seines Zeichens Herausgeber der „Tabakwirtschaftlichen Rundschau“ beschäftigt sich in der neuesten Nummer seines Fachblattes auch mit den Tabaksteuerplänen des Reichsfinanzministeriums. Wir würden davon keine Notiz genommen haben, wenn Herr Litzke nicht zur Beweisführung für die Richtigkeit der von ihm vertretenen Anschauungen in irreführender Weise Angaben der Tabak-Berufsgenossenschaft zu Vergleichszwecken herangezogen hätte. Im Verwaltungsbericht 1928 der Tabak-Berufsgenossenschaft heißt es ausdrücklich:

Die Zahlen der Vollarbeiter (Spalten 4 bis 8 und 10) stiegen mit Ausnahme der Kautabakarbeiter. Diese Steigerung beruht aber zum erheblichen Teil auf der Einbeziehung der kaufmännischen und Verwaltungsangestellten in die Reichsunfallversicherung nach dem neuen § 539b RVO. Ferner sind die Hilfsarbeiter wie Kutsher, Kraftwagenführer, Tischler, Schlosser usw. nicht mehr besonders gezählt worden, sondern ebenso wie schon immer die Pförtner, Wächter, Reinemachefrauen usw. bei dem Hauptgewerbezweig. Deshalb ist ein Vergleich mit den Zahlen der Vorfahre nicht ohne weiteres möglich.

Auch die Lohnsummen (Spalten 11 und 11a) stiegen. In beiden Spalten sind die Löhne der Hilfsarbeiter bei den Hauptgewerbezweigen verrechnet worden. Spalte 11 enthält auch die Gehälter der der Versicherung neu unterstellten Kaufleute.

Trotzdem verwendet Herr Litzke die Zahlen der Tabak-Berufsgenossenschaft vom Jahre 1928 zu Vergleichszwecken, ohne auch nur mit einem Wort auf die Angestellten und Hilfsarbeiter hinzuweisen, die neuerdings mitgezählt werden. Dabei kann es natürlich nicht ausbleiben, daß seine so angeführten Zahlen der Zigarrenvollarbeiter und deren Lohnsummen die Wirklichkeit weit überschreiten. Wir stellen das ausdrücklich fest, damit die Litzkeschen Zahlen nicht von anderen Stellen unbesehen übernommen werden. Herrn Litzke aber möchten wir empfehlen, bei der Verwendung von Zahlen etwas mehr Vorsicht walten zu lassen, auch wenn sich dann nicht alles so beweisen läßt, wie er es gerne beweisen möchte.

Noch einmal der „Zweck der Übung“

Auf dem Dache sitzt ein Greis,
der sich nicht zu helfen weiß.

Die Erinnerung an diese geflügelten Worte wird unwillkürlich wachgerufen, wenn man das Verlegenheitsgestammel liest, mit dem die christliche „Tabakarbeiter-Zeitung“ unsere Ausführungen im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 48 beantworten zu können glaubt. Es ist aber auch eine geradezu verzweifelte Lage, in der sich das Christenorgan befindet. Es soll dem Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands von dem Vorwurf der Inoyalität befreien und darf dabei die Ausführungen von — r., der doch Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein ist, nicht preisgeben. Das ist natürlich eine unlösbare Aufgabe, denn eins kann nur richtig sein: Entweder war es die ehrliche und ernste Absicht der Leitung der christlichen Tabakarbeiterorganisation, durch die Zuleitung der Freiburger Verbands-tagsentschließung an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Interessen ihrer arbeitslosen Mitglieder wahrzunehmen; dann hat — r. gegen das christliche Gebot verstoßen, das da lautet: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten. Oder der Zweck der Übung war, wie — r. es im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ darzustellen beliebte, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hereinzu-

legen. Dann hat der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands weder christlich noch gewerkschaftlich gehandelt, sondern in bewußter Weise Treu und Glauben verlegt. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht und solange der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands nicht von — r. und seinen Ausführungen im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ abrückt, muß er sich gefallen lassen, daß es bei unserer Warnung bleibt, alle seine Schreiben und Kundgebungen mit der nötigen Vorsicht zu genießen.

Um die Mitglieder der christlichen Tabakarbeiterorganisation gruselig zu machen und sie von dem Kern der Sache abzulenkten, verfiel das Christenblatt seine Ausführungen mit der Ueberschrift: „Der „Tabak-Arbeiter“ verteidigt die Sozialdemokratie“. Jawohl, das haben wir getan, und wir stehen zu unseren Worten, weil es einzig und allein der Sozialdemokratie zu verdanken ist, daß den Verschlechterungsanträgen der bürgerlichen Parteien zur Arbeitslosenversicherung in den allermeisten Fällen der Erfolg versagt blieb. Wider Willen muß das auch das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands zugeben, in deren Leitartikel vom 15. Oktober 1929 es wörtlich heißt:

Sehr viel schwerer ist zu tragen, daß die Regierung, vor allem der Reichsarbeitsminister, nicht gewagt hat, entschlossen für das einzutreten, was mit Ausnahme der Sozialdemokratie allgemein für richtig gehalten wurde, Beitragsdauer und Unterstützungsleistung (nach dem Antrag Riesener) in ein angemesseneres Verhältnis als jetzt zu setzen und damit eine Sonderregelung für Saisonarbeiter überflüssig zu machen.

Damit wird anerkannt, daß es vor allem dem Reichsarbeitsminister und der Sozialdemokratie zu verdanken ist, daß neben den Saisonarbeitern nicht auch noch die übrigen Arbeitergruppen eine Kürzung der Unterstützungsleistungen haben in Kauf nehmen müssen. Den christlichen Gewerkschaften wäre es allerdings lieber gewesen, wenn man die Unterstützungsleistung allgemein auf die Beitragsdauer abgestellt hätte, ohne Rücksicht darauf, daß dann die Angehörigen anderer Berufsgruppen mit kurzer Beitragsdauer ebenso getroffen worden wären wie die Saisonarbeiter. Dagegen werden die arbeitslosen Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie, ganz gleich, wo sie organisiert sind, froh sein, daß es der Sozialdemokratie gelungen ist, die Absichten der christlichen Gewerkschaften zu vereiteln, denn sonst wären sie für ihre häufige und lange Arbeitslosigkeit auch noch mit einer Kürzung der Unterstützungsleistungen bestraft worden.

Zum Schluß möchten wir der christlichen „Tabakarbeiter-Zeitung“ nur sagen, daß die bürgerlichen Parteien im Reichstag, deren Haltung zur Arbeitslosenversicherung sie mit keinem Wort zu verteidigen wagt, noch niemals in der Minderheit gewesen sind. Ihr Vergleich mit der Sozialdemokratie, die leider noch in der Minderheit ist, geht deshalb vollständig daneben.

Konferenz- und Versammlungsberichte

Konferenz der Betriebsräte der Firma Mugler

Am 1. Dezember fand im Lokal „Zur Eisenbahn“ in Lauffen am Neckar eine Konferenz sämtlicher Betriebsräte der Firma Mugler W.G. statt, zu der aus den Filialen 25 Vertreter erschienen waren, um zur Stüdelungsfrage Stellung zu nehmen. Gauleiter Kollege Klein ging in seinen Ausführungen zurück auf die Gründung des R. d. J., wodurch es möglich war, einen Reichstarif zustande zu bringen. Von Anfang an hätten bedeutend bessere Tarife abgeschlossen werden können, wenn in der Zigarrenbranche sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen im Deutschen Tabakarbeiter-Verband organisiert wären. Es sei Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, bis zum 31. März 1931 alles daranzusetzen und für unseren Verband unablässig zu agitieren, damit sämtliche Zigarrenarbeiter für unsere Sache gewonnen und zu brauchbaren Gewerkschaftern erzogen werden. Dann wird es auch möglich sein, einen für uns günstigeren Tarif als bisher abzuschließen. Bei guten Organisationsverhältnissen kann auch aus den bestehenden Tarifen sehr viel herausgeholt werden. Bezüglich des Deckblattzuschlages ist schon am 17. Mai 1920 Beschluß gefaßt worden, ebenso am 21. Juli 1920 protokolliert, daß Stüdelungszulage (Materialentschädigung) bei nachweisbarem Minderverdienst gewährt werden muß. In Deutschland wird ein sehr hoher Prozentsatz Stüdelungszulage verarbeitet. Auch sind schon verschiedentlichmal von den Bezirkstarkommissionen Fabrikanten zur Materialentschädigung gezwungen worden. Die Grundbedingung, um etwas durchzuführen, ist immer Einigkeit und Geschlossenheit in den Betrieben. Reicher Beifall dankte dem Redner. Es setzte eine sehr rege aber sachliche Diskussion ein, wobei hauptsächlich örtliche Angelegenheiten erörtert und besprochen wurden. Auf verschiedene Fragen gab Kollege Klein noch Auskunft. Das Schlusswort klang aus in der Aufforderung unermüdlicher Werbung und dem Verdienst entsprechender Beitragszahlung, um so unsere Organisation zu stärken, damit sie uns einer besseren Zukunft entgegenführen kann.

Bekanntmachungen

Am 14. Dezember ist der 50. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

25. Nov. Helmstedt 18.75.
 28. Hamburg 400.—
 29. Bentorf 100.—, Lauffen 350.—
 30. Altenburg 500.—, Neufreistett 100.—, Gebesee 300.—, Kirchhardt 250.—, Moringen 70.—, Mühlhausen 400.—, Kützheim 90.—, Spradow 200.—, Wanjen 200.—, Waldangeloch 110.—, Massenbachhausen 80.—, Heidelberg 500.—, Regensburg 125.20, Kaiserslautern 57.40, Heidenheim 40.—
 1. Dez. Würzburg 35.—
 2. Lübeck 50.—, Kaiserslautern 300.—, Soest 50.—, Hohenhausen 400.—, Hamburg 6000.—, Eichersheim 50.—, Leonbronn 100.—, Pfungstadt 200.—, Regensburg 400.—, Tairnbach 85.—, Offenbach 200.—
 3. Deltsh 250.—, Offenbach 100.—, Pölzig 250.—
 4. Lampertheim 200.—
 5. Gießen 400.—, Elbing 3000.—, Breslau 800.—
 6. Pfaffenhofen 270.—, Hohenheim 500.—, Karlsruhe 100.—, Zwidau 175.—, Wiesbaden 100.—, München 3000.—, Bünde 200.—
 7. Nordhausen 1000.—, Helmstedt 10.50, Hannover 106.50.
 Bremen, den 10. Dezember 1929. J. Krohn.

Gestorben sind:

- Am 4. November der Rauchtakarbeiter Wilhelm Gröne, 61 Jahre alt (Zahlstelle Detmold).
 Am 10. November der Rauchtakarbeiter Philipp Jakob Hege (Eggelheim), 53 Jahre alt (Zahlstelle Heidelberg).
 Am 18. November der Kollege Johann Hoppe, 54 Jahre alt (Zahlstelle Osterholz-Scharmbed).
 Am 18. November die Zigarrenarbeiterin Lina Stamm (Waldbirmes), 20 Jahre alt (Zahlstelle Gießen).
 Am 21. November der Zigarrenarbeiter Paul Tofelde, 36 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
 Am 23. November der Rauchtakarbeiter Justus Havemann, 67 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
 Am 24. November der Zigarrenarbeiter Adam Schuchardt, 58 Jahre alt (Zahlstelle Eisenach).
 Am 24. November der Zigarrenarbeiter Gustav Palm, 64 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
 Am 26. November die Zigarrenarbeiterin Auguste Weisner, 49 Jahre alt (Zahlstelle Steinborn).
 Am 27. November der Zigarrenarbeiter Balthasar Michael (Heidingsfeld) 74 Jahre alt (Zahlstelle Würzburg).
 Am 27. November der Zigarrenarbeiter August Brinkmann, 55 Jahre alt (Zahlstelle Hohenhausen).
 Am 29. November der Zigarrenarbeiter Fritz Böke, 28 Jahre alt (Zahlstelle Hohenhausen).

Ehre ihrem Andenken!

Unserm Kassierer, Kollegen

Fritz Prager
nebst Gemahlin

Lina Prager

zur silbernen Hochzeit am 17. Dezember 1929 die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitglieder der Zahlstelle Hockenheim.

Unserm werten Kollegen und 2. Bevollmächtigten

Otto Herrmann

zu seinem am 13. Dezember 1929 stattfindenden

70. Geburtstag

die herzlichsten Glückwünsche. Die Mitglieder der Zahlstelle Woltersdorf bei Erkner.

Gebt ausgelesene

„Tabak-Arbeiter“

zu Agitationszwecken an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter!



Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschlissene 3 M, halbweiße 4 M, weiße 5 M, bessere 6 M, 7 M, daunenweiche 8 M, 10 M, beste Sorte 12 M, 14 M, weiße, ungeschlissene 7.50 M, 9.50 M, beste Sorte 11 M, Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Gummiwaren

Hygien Artikel. Preis T 2 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jacobsstraße 8

Gewerkschaften und Agrarfrage

Ueber dieses Thema referierten in der Ausschussführung des ADGB. am 25. November d. J. die Genossen Dr. Wilbrandt und Dr. Lomberger. Der zuerst genannte befaßte sich mit den Agrarzöllen und der landwirtschaftlichen Produktivität, indem er folgendes ausführte:

Bei der Behandlung der Agrarprobleme steht die Zollfrage meist im Vordergrund. Der IOB. hat sich in seinem Wirtschaftsprogramm grundsätzlich für allmählichen Zollabbau eingesetzt. Für den Augenblick ist aber an Abbau der Agrarzölle gar nicht zu denken. Die Aufgabe kann vielmehr nur sein, die Zollpolitik in eine vernünftige Richtung zu lenken. Vor dem Kriege setzte sich die Arbeiterschaft, die Verbraucherschaft, für Aufhebung der Agrarzölle ein. Die Landwirtschaft plädierte für den lückenlosen Zolltarif. Die Vorkriegsauffassung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften war im Grunde von liberalen Anschauungen bestimmt; sie entsprach weniger planwirtschaftlichen Gedankengängen. Die Sozialdemokratie steht heute nicht mehr auf diesem strikt ablehnenden Standpunkte. Die Frage der Zölle ist für sie nicht mehr eine Frage des Prinzips, sondern sie wird von Fall zu Fall geprüft.

Wilbrandt erörterte an einigen Beispielen die Gründe, um derentwillen die Frage der Agrarzölle nicht schematisch mit ja oder nein beantwortet werden kann. Allerdings, ein lückenloser Zolltarif auf die landwirtschaftlichen Produkte kommt unter keinen Umständen in Frage. Der leitende Gesichtspunkt bei der Beurteilung zollpolitischer Maßnahmen muß sein, ob sich mit ihnen eine für die Verbraucherschaft günstige Preisbildung erzielen läßt, ob Zwischenhandelsgewinne eingedämmt werden können. Ein interessantes Beispiel dafür, daß eine solche günstige Beeinflussung möglich ist, bietet die Regelung der Zuckerzölle. Der Zoll ist zwar verhältnismäßig hoch, aber eine Ueberhöhung der deutschen Zuckerpreise ist durch Einführung einer Verbraucherschutzbestimmung unmöglich gemacht worden. In anderen Fällen zeigt es sich, von wie geringem Einfluß die Zölle auf die Preisbildung sind. Die hohen Schweinezölle, die wir in Deutschland haben, führen zwar zu einer Verteuerung der Schweinepreise, wenn das Angebot knapp ist, sie haben aber nicht die Möglichkeit, Katastrophen von solcher Art, wie sie vor anderthalb Jahren durch den Sturz der Schweinepreise eingetreten sind, zu verhüten. Trotz der hohen Rinder- und Rindfleischzölle ist das Preisniveau für Rinder niedrig, weil auf die Preisbildung allein das deutsche Angebot einwirkt; die Zölle

haben in diesem Falle gar keine preisbildende Bedeutung. Ebenso liegt es bei der Kartoffel, da Deutschland sich bis zu 99 v. H. selbst mit Kartoffeln versorgt. Bei den Getreidepreisen dagegen ist es anders. Sie erhöhen sich je nachdem, ob eine starke Getreideeinfuhr notwendig wird oder nicht. Dabei ist übrigens zu beachten, daß die Kleinhandelspreise den Erzeugungspreisen nur langsam oder nicht vollständig folgen. Die angeführten Beispiele zeigen, daß eine schematische Zollpolitik nicht möglich ist.

Die Sozialdemokratie hatte bekanntlich als Ersatz für Getreidezölle in diesem Jahre ein Getreidemonopol vorgeschlagen, das die Schwankungen der Getreidepreise verhüten sollte. Es hat sich aber gezeigt, daß die politischen Voraussetzungen für die Einigung der Parteien auf eine solche Maßnahme noch nicht bestehen. Die Regierung hat in den letzten Tagen ein Programm vorgelegt, in dem sie an Stelle der starren Zölle ein Gleit Zollsystem in Vorschlag bringt, das heißt verstärkten Zollschutz bei übermäßig niedrigen Getreidepreisen, Abbau des Zollschutzes bei erhöhten Preisen. Gegen diese Vorschläge ist grundsätzlich wenig einzuwenden; wesentlich wird aber sein, die Richtpreise, die das Programm vorsieht, herabzusetzen. Die Richtpreise sind zwar nicht höher als die feinerzeit von uns vorgesehenen Monopolpreise, letztere waren aber Höchstpreise, sie sind infolgedessen mit den von der Regierung vorgeschlagenen Richtpreisen nicht auf gleiche Stufe zu setzen. Die Herabsetzung der Richtpreise ist sowohl beim Weizen wie beim Roggen notwendig. Beim Roggen ist es außerdem wichtig, den Einfuhrschein auf den niedrigsten Gleit Zollsatz stabil festzusetzen. Die Regierung zieht es vor, die Roggenpreise auf diesem Wege niedrig zu halten, um die Verfütterung von Roggen bei der Schweinemast in Nordwestdeutschland (an Stelle ausländischer Futtergerste) zu ermöglichen. Eine Erhöhung des Futtergerstenzolles dagegen lehnt die Regierung ab. Für den Ost-West-Transport des Roggens werden Reichszuschüsse gegeben.

Die Landwirtschaft überschätzt die Bedeutung der Zölle als Grundlage ihrer Rentabilität. Man darf im übrigen nicht außer acht lassen, daß man das, was man der Landwirtschaft gibt, der städtischen Bevölkerung nehmen müßte, das heißt, daß in dem Maße, wie die Kaufkraft der Landwirtschaft auf diese Weise hochgetrieben wird, die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung sinkt.

Welche Faktoren haben auf die heute prekäre Lage der Landwirtschaft eingewirkt? Die Inflation, die für die Entschuldung

Der nimmerfatte Hotelgast

Von Albert Jean

„Nun, Herr Bermandois, was gibt es denn heute zum Dejeuner?“, fragte André Laboral gut gelaunt den Wirt des Hotels.

Dieser überreichte dem Pensionsgast mit wahrhaft resignierter Miene die Speisekarte.

„Hier, Herr Laboral, sehen Sie selbst nach“, sagte er mürrisch. Und Laboral las mit lauter Stimme:

„Crevetten, Bratwürste . . . Hummer in Mayonnaise . . . Lungenbraten mit Madeira-Sauce . . . Endivien-Salat . . . Schokoladenschnitten.“

„Das ist alles?“, fragte er enttäuscht.

„Wie, Sie fragen, ob das alles ist?!“, entgegnete der Wirt in entrüstetem Tone. „Was könnte denn bei einer so reichlichen, gewählten Speisefolge noch fehlen?“

„Irgendein guter Käse, zum Beispiel ein Camembert, ein Roquefort, ein kleines Gardinetto!“

André Laboral zündete sich eine Zigarette an, verließ das Hotel und ging auf den Strand hinaus.

Wütend eilte der Wirt in die Küche und berichtete seiner Gattin von den geradezu unverschämten Ansprüchen des nimmerfattigen Hotelgastes. Die Frau Wirtin stand eben mit aufgeschürzten Ärmeln beim Herd, schwang den Kochlöffel und rührte eifrig. Ihr Gesicht war vom Herdfeuer erhitzt und hochgerötet.

„Donnerwetter!“ rief sie erbost. „Für einen solchen Gast

danke ich, so eine Kundschaft, die richtet uns ja total zugrunde. Man sollte diesen Herrn Laboral ganz einfach vor die Türe setzen!“

„Marie, beruhige dich und rede nicht solche Dummheiten!“ wandte Herr Bermandois in beschwichtigendem Tone ein. „Du weißt ganz gut, daß Laboral der erklärte Liebling der Gesellschaft ist, und daß wir die Hälfte der Gäste verlieren würden, wenn er unsere Pension verliesse!“

„Wir wollen es also ruhig mit ansehen, wie uns dieser Vielstraß bettelarm ist?“

„Jawohl, ein Vielstraß, das ist er!“, wiederholte Herr Bermandois seufzend. „Beinahe so wie der nimmerfatte Riese im Märchen. Der einzige Unterschied ist nur der, daß Laboral, Gott sei Dank, keine Menschenopfer fordert, sondern mit ungeheuren Portionen von Kalbsbraten, Hummer, Pasteten und Schokoladentorte vorlieb nimmt, und daß er, statt der berühmten „Siebenmeilenstiefel“ einen Sechszylinder-Wagen besitzt!“ fügte er grimmig lächelnd, hinzu.

Eine merkwürdige Anziehung schien von André Laboral auszugehen. Dieser sanftmütige Riese war stets liebenswürdig heiter, hilfsbereit, und hatte es rasch verstanden, sich die allgemeinen Sympathien zu erwerben. Ganz besonders aber war er der erklärte Liebling der Damen, die ihn wegen seiner Ruhe und Kraft bewunderten. An Laboral wendeten sich die Gäste der Pension, wenn es sich um irgendeine Reklamation handelte und er übernahm es dann gutmütig, die diversen Wünsche, Bitten und Beschwerden dem Ehepaar Bermandois zu übermitteln. Und was gar die Beurteilung von kulinarischen Genüssen anbelangte, so galt Laboral ganz einfach als unbestrittene Autorität

der Landwirtschaft überaus günstig war, ist von den meisten Landwirten nicht benutzt worden, ihre Betriebe auf eine gesunde Produktionsbasis zu stellen. In der Deflation konnten nur diejenigen Landwirte ihren Betrieb rentabel gestalten, die so sparsam wie möglich wirtschafteten. Tatsächlich haben viele Landwirte damals große, hochverzinsliche Kredite aufgenommen; nachher war ihnen die Bezahlung der Zinsen unmöglich; die Betriebe gerieten in Schulden. Viele tausend Hektar kamen zur Zwangsversteigerung. Zahlenmäßig sind selbstverständlich unter den verschuldeten Betrieben viel mehr Kleinbetriebe; nach der Zwangsversteigerung Fläche dagegen ist der Anteil der Großbetriebe höher, besonders in Ostelbien. Das liegt in der Natur der Sache. Die Besitzer von Großbetrieben waren viel eher in der Lage, Kredite aufzunehmen zu können; die Bauern konnten leichter persönliche Ersparnisse machen. Immerhin ist es nur ein relativ kleiner Teil von Großbetrieben, denen es wirklich schlecht geht. Diesem Teil ist allerdings auf keine Weise zu helfen. Ihre Betriebe müssen den Besitzer wechseln. Mit am schlechtesten ist die Lage in Ostpreußen. Aber auch dort sind über 100 bis 150 v. H. des steuerlichen Einheitswertes nur 10 bis 15 v. H. der Großbetriebe verschuldet, über 150 v. H. nur 6 v. H. Es ist daher falsch, wenn behauptet wird, die ganze Landwirtschaft befinde sich in ungeheurer Notlage. Diese Notlage besteht in der Hauptsache nur in Ostelbien und nur bei einem Teil der Betriebe.

Im ganzen hat sich die Lage der Landwirtschaft gehoben. Ein Zeichen dafür ist schon die Zunahme der Spareinlagen bei den Benoffenschaften; ebenso die Zunahme der Beträge, die für Düngemittelkäufe ausgegeben wurden. Freilich hat sich im ganzen die Kaufkraft der bäuerlichen Landwirtschaft, also des Großteils der ländlichen Bevölkerung nach dem Kriege nicht in gleichem Maße gehoben wie die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung. Der Produktionswert der Betriebe und entsprechend die Kaufkraft wird etwa um 20 bis 30 v. H. über dem Vorkriegsniveau liegen, nicht etwa nur um 10 bis 15 v. H., wie behauptet wurde. Auch die Meinung, daß der bäuerliche Arbeitslohn zum Teil nicht einmal die Sätze der Arbeitslosenunterstützung erreiche, ist unhaltbar.

Durch überspannte Zollpolitik ist die Kaufkraft der bäuerlichen Landwirtschaft keinesfalls zu heben. Es sind ja gar nicht die niedrigen Preise, welche die Lage der bäuerlichen Landwirtschaft schwierig gestalten. Die Ursache ist meist einfach die Rückständigkeit der bäuerlichen Betriebe. Das landwirtschaftliche Bildungswesen steht in Deutschland noch im Anfang der Entwicklung. Nur ein kleiner Teil der Bauern hat landwirtschaftliche Schulung genossen; vor dem Kriege waren es nur 2 bis 3 v. H., nach dem Kriege hat sich der Prozentsatz erhöht. Die Schulung der Landwirte ist für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität von größter Bedeutung. Angenommen, daß die deutschen Bauern geschulte Landwirte wären, so könnte die Feldproduktion um mehrere Milliarden gesteigert und ihre Produkte verbilligt werden; eine Einfuhr von Lebensmitteln würde sich dann erübrigen. Auch die Milchherzeugung ließe sich

um 50 bis 100 v. H. steigern. Diese Steigerung würde gleichzeitig eine Senkung der Produktionskosten zur Folge haben, die sich ungefähr auf eine Milliarde belaufen würde. Bei rationaler Fütterung könnte die Schweinemast erheblich verbilligt, der Verbrauch gesteigert werden. In Anbetracht der starken Konjunkturschwankungen, der die Schweinepreise unterliegen, wäre das eine wie das andere von großer Bedeutung. Ähnlich liegt es bei der Fühnerzucht.

Ausbau des landwirtschaftlichen Bildungswesens, Ausbau der staatlichen Beratungs- und Kontrolltätigkeit — in einem Wort: Rationalisierung der Landwirtschaft — das sind die Hauptmittel zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität. Diese Rationalisierung hat gegenüber der Rationalisierung in der Industrie den Vorteil, daß sie keine Menschen freisetzt. Es kommt auf die Modernisierung der Landwirtschaft durch unmittelbar die Produktion fördernde Maßnahmen an.

In eingehenden Ausführungen gab der Genosse Dr. Lomberg eine Schilderung der modernen Landwirtschaft auf betriebswissenschaftlicher Grundlage. Er brachte eine Reihe von Beispielen aus seiner Praxis, die erläuterten, welche Möglichkeiten noch für die Landwirtschaft bestehen, ihren Betrieb betriebswirtschaftlich kalkulatorisch zu durchdringen. Mit dem ökonomischen Grundsatz: „Versuche jede Produktionseinheit mit dem möglichst geringsten Aufwand an Kapital und Arbeit herzustellen,“ muß endlich einmal in der Landwirtschaft ernst gemacht werden. Nach seiner Meinung gibt es unter den vier Millionen Betriebsleitern vielleicht einige hundert solcher führender Köpfe, die sowohl betriebswirtschaftliche, kaufmännische und organisatorische Kenntnisse in ihrer Person vereinigen. Der Rechenstift muß das Hauptwirtschaftsinstrument des Landwirtes werden, und er muß überhaupt in seinen ganzen Anschauungen mehr und mehr von der Landbundpolitik abrücken — die in der Regel nur eine Politik der Rückständigkeit und der veräuserten Gelegenheiten war — und muß zu einer vernünftigen, modernen Wirtschaftsauffassung kommen. Weil ein Mangel an Kapital besteht, darf man auch für den Bodenpreis nur so viel bezahlen, daß er sich nach Abzug aller Grundsteuern und Lasten kapitalmäßig mit mindestens 7 v. H. verzinst. Die Bodenpreise sind weit über die wirtschaftlich gerechtfertigte Höhe emporgewachsen, was verschiedene Ursachen hat:

1. Die Innenkolonisation — vom Staate künstlich gesteigerte Nachfrage nach Boden —.
2. Der Landhunger der Bauern und der Selbstständigkeitsdrang der Bauernsöhne.
3. Die hohe soziale Geltung, die speziell vor dem Kriege mit dem Erwerb eines Rittergutes verbunden war.
4. Aus Gründen der Erbabsindung wird das Gut oft überbezahlt, wenn es viele Generationen in der Familie war.

Zweifellos ist dieser Wert des Bodens heute in Wirklichkeit nicht mehr vorhanden; er steht nur in der landwirtschaftlichen Betriebskalkulation zu Buche. Ein Grund dafür, daß rein buch-

Ja, man hatte sich schon daran gewöhnt, seine Miene während der Mahlzeit, besonders aber beim Verkosten eines neuen, von Madame Vermandois kreierten Gerichtes zu studieren. Wenn ein Consonné oder ein Ragout seinen Beifall gefunden, so mundete es auch den übrigen Gästen. War jedoch eine Speise nicht nach seinem Geschmack, so wurde sie von der ganzen Tischgesellschaft abgelehnt. Mit lauter, schallender Stimme verkündete Laboral dann dem Wirte Lob und Tadel oder auch die Bitte, am baldige Wiederholung eines Gerichtes, das allgemeinen Beifall gefunden hatte.

Jawohl, Vermandois hatte klar gesehen! Man war einfach machtlos diesem Laboral gegenüber und man durfte es sich mit ihm ja nicht verderben, denn eine plötzliche Abreise hätte sicherlich zur Folge, daß auch viele andere Gäste das Hotel verlassen würden. Und das wäre doch jedenfalls ein sehr empfindlicher Schaden, gerade jetzt, in der Hochsaison! So blieb also nichts anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen und geduldig abzuwarten, bis Laboral endlich einmal seine Koffer packen würde.

Doch das ließ sich dieser ganz und gar nicht einfallen, Laboral dachte wirklich nicht im geringsten daran, Vermandois' Kurhotel so bald wieder zu verlassen. Er fühlte sich in diesem hübschen, idyllisch gelegenen Badeort ungemein wohl; die frische, würzige Meeresluft erhöhte noch seinen Appetit. Auch war er im großen ganzen, von einigen Details abgesehen, mit Madame Vermandois' Küche recht zufrieden. — Außerdem aber gab es noch etwas, das André Laboral hier festhielt! Der gutmütige Riese hatte sich nämlich bis über beide Ohren in das kleine Fräulein Germaine Arnaud verliebt.

Dieses hübsche junge Mädchen, ein zierliches Fittigranfigürchen, war die einzige Dame der Gesellschaft, die dem allseits so verwöhnten Laboral keinerlei Aufmerksamkeit schenkte.

Sie nahm ihre Mahlzeiten nicht an der Table d'hôte, sondern an einem kleinen, reservierten Tischchen ein und las während des Essens eifrig in ihrem Roman, den sie an die Wasserflasche anlehnte, ohne für das Menü, noch auch für ihre Umgebung irgendwelches Interesse zu zeigen. Sie sprach mit keinem der Gäste und lebte überaus zurückgezogen, scheinbar ganz von ihren persönlichen Angelegenheiten in Anspruch genommen.

Diese Reserve, diese vollständige Gleichgültigkeit ihm gegenüber, reizte André Laboral, und das junge Mädchen begann ihn lebhaft zu interessieren. Er forschte alle ihre Lieblingsplätze an der steilen Felsenküste aus, folgte ihr auf ihren einsamen Spaziergängen am Meeresstrande sehnsüchtig, wie ein verliebter Gymnasiast. Alles vergeblich! — Fräulein Germaine nahm keine Notiz von ihm.

Alles an diesem graziösen, zierlichen Persönchen war kleinwüzig, en miniature. Nicht nur die Schuhnummer vierunddreißig, die Handschuhnummer 5¼, sondern höchstwahrscheinlich auch das Herz, denn nur eine einzige, große Liebe, die Germaines ganzen Lebensinhalt bildete, hatte Platz darin. Fräulein Germaine war mit einem jungen, kühnen Flieger verlobt und die glühenden Briefe, die der ferne Geliebte ihr schrieb, waren wohl das einzige, was sie wirklich interessierte.

Der verliebte Riese bemühte sich indessen, soviel er konnte, sich dem jungen Mädchen zu nähern, Germaine jedoch schien seine Bemühungen nicht einmal zu bemerken und würdigte ihn keines Blickes.

mäßig heute vielerorts in den Betrieben Verluste errechnet werden. Der Bodenwert hat sich durch unsere ganze Vorkriegsagrarpolitik in den zwanzig Jahren bis 1914 durchschnittlich im Wert verdoppelt bis verdreifacht. Deswegen ist es ein Übel, wenn der Landwirt diese in Wirklichkeit nicht mehr bestehenden Bodenwerte von vor dem Kriege seinen Reinertragsberechnungen zugrunde legt, wenn er den Bodenwert eines Gutes, der damals 500 000 M betrug und heute vielleicht auf die Hälfte abgesunken ist, in der damaligen Höhe weiterbestehen läßt und auch für diesen Wert eine ausreichende Verzinsung haben will. In diesem Mißverhältnis zwischen Reinertrag und Bodenwert ist der letzte Grund für die errechnete geringe Rentabilität der deutschen Landwirtschaft zu suchen.

Der einzige Wertmesser unserer Erträge muß der Kapitalaufwand sein. Wir müssen uns losmachen von der trügerischen Beurteilung der Flächenerträge und den Ertrag des Kapitalaufwandes zum Barometer unserer Wirtschaftsführung machen.

In diesem Zusammenhang ging der Redner auf die Siedlung von kleinbäuerlichen Existenzen ein und brachte die volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Seite dieses Problems zur Erörterung. Die Fragestellung war hier nach der optimalen Betriebsmöglichkeit hinsichtlich der Verwendung von Kapital und Arbeitskraft auch unter dem Gesichtspunkt der weltwirtschaftlichen Eingliederung der deutschen Volkswirtschaft. Er wies darauf hin, daß die heutige Betriebsgrößenverteilung ein Produkt zoll- und steuerpolitischer Beeinflussung sei, wodurch man eine freie Entwicklung in den letzten Jahrzehnten völlig ausgeschlossen hat. Wirtschaftliche Faktoren konnten aber nur dann an der Umgestaltung der Betriebsgrößenverteilung in Richtung zur optimalen, d. h. der volks- und betriebswirtschaftlich erforderlichen Betriebsgröße arbeiten, wenn der landwirtschaftliche Betrieb dem freien Spiel der Kräfte ausgesetzt ist. Weiter geht der Redner auf die Verhältnisse in der außerdeutschen Landwirtschaft ein und führte vor allen Dingen die Strukturmandlungen in der amerikanischen und russischen Landwirtschaft vor Augen. Hier ist klar und deutlich die Tendenz auf Vergrößerung der Betriebe festzustellen. Der Redner betonte die wirtschaftliche Unterlegenheit des Kleinbetriebes, die in der Landwirtschaft genau so ihre Gültigkeit hat wie in anderen Gewerben. Er kam zu der Schlussfolgerung, daß die Landarbeiter von der zukünftigen Entwicklung der Technik verlangen, daß sie die Bezahlung der menschlichen Arbeitskraft in ständig steigendem Maße gestattet. Andernfalls würde ein großer Teil ihrer fähigsten Menschen in die Industrie abwandern. Ein besonders schmerzlicher Verlust, da gerade in Zukunft tüchtige Qualitätsarbeiter dringlicher als bisher gebraucht werden. Der Lebensstandard der landbautreibenden Bevölkerung müsse dem der städtischen angeglichen werden: erstens aus Gründen der Eindämmung der Landflucht, damit die Landarbeiter ihre städtischen Berufskollegen nicht unterbieten; zweitens, um den deutschen Binnenmarkt zu stärken, eine Wirtschaftsfrage, die ständig an Bedeutung zunehme. Nicht in jedem Falle dürfe die sozialistische

Agrarpolitik den Vorschlägen von Verebove nach dieser Richtung folgen, wenn nicht hieraus ein Schaden für die gesamte Volkswirtschaft erwachsen soll. Denn die Fragestellung lautet heute keineswegs mehr: Wie komme ich zu Land für die Siedler? — sondern: Wie beuge ich den nicht erwünschten Folgen vor, wenn große Flächen der deutschen Landwirtschaft nicht in rationeller Weise bearbeitet werden?

In der Diskussion erinnerte Eggert daran, daß die Ursache für die ungünstige Lage eines Teiles der deutschen Landwirtschaft darin zu suchen sei, daß eine Differenz zuungunsten der Landwirtschaft zwischen ihren Einnahmen, d. h. den Preisen für landwirtschaftliche Produktionsmittel, bestehe. Der geringe Erlös des landwirtschaftlichen Produzenten für seine Erzeugnisse habe jedoch seinen Grund in der überhöhten, kostspieligen, mit überhöhten Zwischengewinnen belasteten Organisation des Absatzes. Ferner mangelt es an ausreichender Ergiebigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung, welchem Mangel nur durch rationelle Gestaltung der Produktionsmethoden abgeholfen werden kann. Durch Zollsteigerungen könne diesem nicht begegnet werden. Wir haben aber ein großes Interesse daran, daß größere Preisschwankungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die den Haushalt der Arbeiterschaft beunruhigen, unterbleiben. Wenn die geplanten gleitenden Zölle ein wirksames Mittel dagegen seien, so sei diesem Plane zuzustimmen. Auch alle übrigen Mittel zu diesem Zweck müßten die Gewerkschaften objektiv prüfen. Wenn nun aber die Landwirtschaft das ernste Bemühen zeigt, die Erzeugungsverhältnisse durch Standardisierung und Rationalisierung zu verbessern, so müsse ihr dabei geholfen werden, sofern eine Unterstützung der Landwirtschaft ohne Belastung der Verbraucher möglich ist.

Georg Schmidt forderte, daß auch die Gewerkschaften, namentlich auch ihre Presse, dem Ansturm der „Grünen Front“ größere Aufmerksamkeit zuwenden. Und zwar durch Zurückweisung übertriebener Behauptungen über die Not der Landwirtschaft, aber auch durch ernsthafte Prüfung berechtigter Klagen. Zahlen über Sparkassenbestände in landwirtschaftlichen Gebieten sowie über Einlagen bei landwirtschaftlichen Genossenschaften beweisen, daß die Notlage der Landwirtschaft vielfach übertrieben dargestellt wird. Auch die Angaben über die Verschuldung der Landwirtschaft dürfen nicht kritiklos hingenommen werden. Schmidt warnt dringend vor gewagten Siedlungsexperimenten und führt Beispiele für manchen Mißerfolg im Siedlungswesen an. Grund und Boden, der im Besitz der öffentlichen Hand sei, müsse dort verbleiben; die Forderung, der preussische Staat möge seinen Domänenbesitz für Siedlungszwecke zur Verfügung stellen, sei zurückzuweisen. Wenn man jedoch alle Uebertreibungen in Rechnung setzt, so bleibt ein Rest von berechtigten Klagen über die Ungunst der Umstände, denen die Landwirtschaft gegenübersteht. Auch Schmidt befürwortet eine Reduktion des Roggenverbrauchs mit dem Ziel, daß der Roggen, der in Deutschland erzeugt wird, innerhalb der Grenzen auch Verwendung findet.

Einsame Spaziergänge am Meeresstrande, Lektüre, Fahrten in ihrem blaulackierten, zierlichen Miniatur-Automobil, das sie selbst lenkte, füllten die Stunden aus, die nicht der täglichen, ausführlichen Korrespondenz mit dem fernen Geliebten gewidmet waren.

André war einfach verzweifelt!

Mit Staunen bemerkten die übrigen Gäste die Wandlung, die sich im Wesen des ehemals so heiteren, stets gut gelaunten Laboral vollzogen hatte und mit lebhafter Anteilnahme beobachteten sie das stumme Drama, das sich hier von ihren Augen abspielte. Die ganze Tischgesellschaft empfand Haß und doch auch Bewunderung für dieses eigenwillige, kleine Persönchen, welches, eine merkwürdige Ausnahme bildend — die Annäherungsversuche des Kliesen kühl und grausam ablehnte.

Die einstige Fröhlichkeit, die sonst im Speisesaal stets geherrscht hatte, war verschwunden. Schweigend und kritiklos nahmen die Gäste ihre Mahlzeiten ein, denn das Urteil des Meisters fehlte. — André starrte bald auf Germaine, dann wieder auf den leeren Teller, der vor ihm stand und schenkte selbst den leckersten Gerichten keinerlei Aufmerksamkeit. Weder die beste Pastete noch die feinste Crème vermochten ihn aus seinem trüben Dahinbrüten aufzurütteln und ihn von seinem Liebesgramme abzulenken. — Der Nimmersatt hatte seinen Appetit vollständig verloren. — Seine bleiche Miene und der melancholische Ausdruck der Züge erregten allgemeines Mitleid. . . .

So ging es fort bis zu dem Tage, da Fräulein Arnaud eine Depesche von ihrem Verlobten erhielt, der ihr mitteilte, daß er sich, nach glücklich beendetem Probeflug, wieder auf der Heimreise nach Paris befände.

Germaine packte schleunigst ihre Koffer, ließ das blaulackierte Miniatur-Automobil aus der Garage schaffen und verlangte ihre Hotelrechnung.

Mit einer höflichen Verbeugung überreichte ihr der Wirt die Note.

Fräulein Germaine überflog die einzelnen Posten . . . Wie groß aber war ihr Erstaunen, als sie unterhalb der Addition las: Abzug von 10 Prozent!

„Es ist jedenfalls sehr nett von Ihnen, lieber Herr Bermanois, daß Sie mir einen 10prozentigen Abzug-gewähren wollen. Doch weiß ich wirklich nicht, wie ich dazu komme?“ fragte sie ganz verwundert.

„Mein Liebes, gnädiges Fräulein“, antwortete der Wirt mit dankbarem, zufriedennem Lächeln. „Das sind wir Ihnen wohl schuldig, meine Frau und ich, denn wir sind Ihnen wirklich sehr zu Dank verpflichtet! Sie haben uns da von einer großen Plage befreit!“

„Sie sollten mir zu Dank verpflichtet sein? Ich hätte Sie vor einer großen Plage befreit? . . . Wieso das?“ fragte Fräulein Germaine ganz verständnislos.

„Jawohl, Fräulein, hören Sie nur: Die Sache verhält sich nämlich folgendermaßen: Dieser Herr André Laboral, der uns durch seine Gefräßigkeit beinahe zugrunde richtete, hat — der Himmel sei Dank — aus Gram über die vollständige Gleichgültigkeit, die Sie seinen Bewerbungen entgegensetzten, ganz und gar den Appetit verloren! — Und meine Frau und ich sind dadurch von einer wahren Sorge befreit worden!“ — — —

Das Berufsausbildungsgesetz

Da der Reichstag sich zurzeit mit dem Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes beschäftigt, verdient ein Referat Beachtung, das der Genosse Maschke am 25. November vor dem Ausschuß des ADGB gehalten hat.

Der Gesetzentwurf sei, so erklärte er, zurückzuführen auf Forderungen der Gewerkschaften. Auch Forderungen der Zentralarbeitsgemeinschaften, in denen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einig waren, bildeten die Grundlage des Verlangens nach einem Berufsausbildungsgesetz. Der Gesetzentwurf stellt die Arbeit aller Jugendlichen — grundsätzlich ausgenommen ist die Landwirtschaft — unter die geplante Regelung. Dem Arbeitgeber kann das Recht zur Beschäftigung Jugendlicher entzogen werden, wenn ihn bestimmte Qualitäten, die das Gesetz fordert, nicht eignen. Allen Arbeitgebern werden Erziehungspflichten gegenüber den Jugendlichen auferlegt. Eine Grenze müssen diese Erziehungspflichten bei der Beendigung des Aufenthaltes im Betriebe finden. Lohnausfall durch Besuch der Berufsschule dürfe nicht stattfinden; das Gesetz ist hier unzulänglich und bedarf der Verbesserung. Den Jugendlichen müsse aber auch die Freiheit gelassen werden, sich nach beendeter Arbeitszeit an Vereinigungen Jugendlicher und Veranstaltungen ähnlicher Art nach freier Wahl zu beteiligen. Zu fordern wäre, daß das Gesetz den Jugendlichen einen Anspruch auf Urlaub gibt. Eine gesetzliche Pflicht zur beruflichen Ausbildung ungelernerter Jugendlicher bringt das Gesetz nicht. Es gibt aber den Körperschaften, die mit der Durchführung des Gesetzes betraut sind, das Recht, Mindestforderungen für eine berufliche Unterweisung „Ungelernerter“ aufzustellen. Bei der Regelung des Lehrlingswesens steht im Vordergrund die Bestimmung über den Begriff des Lehrbetriebes. Das Gesetz stellt Bedingungen auf, die von den Betrieben erfüllt werden müssen, um als Lehrbetrieb zu gelten. Sind die Voraussetzungen nicht erfüllt, so kann einzelnen Betrieben und ganzen Erwerbszweigen das Recht zur Lehrlingsausbildung aberkannt werden. Das Recht des Lehrmeisters zur väterlichen Zucht (lies: Prügelstrafe) wird aufgehoben. Gesetzliche Berufsvertretungen im Sinne des Gesetzes sind die Handwerks- und Gewerkekammern; ihnen werden für die Aufgaben aus dem Gesetz paritätische Körperschaften angegliedert. Sie setzen z. B. auch die Dauer der Lehrzeit fest. Die Bestimmungen über den Lehrvertrag enthalten nennenswerte Verbesserungen des bisherigen gesetzlichen Zustandes sowie des ersten Entwurfes. Das Gesetz bringt auch eine Neuregelung des Gesellen- und Meisterprüfungswesens.

Die für die Durchführung des Gesetzes vorgesehene Regelung befriedigt nicht. Unsere Vorschläge, diese Aufgabe den Arbeitsämtern im Rahmen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu übertragen, ließen sich nicht durchbringen. Die ausführenden Organe sind die Handels- und Handwerkskammern, die ihre Aufgaben aus dem Gesetz auf der Grundlage und im Rahmen der Beschlüsse zu bildender paritätischer Ausschüsse erfüllen sollen. Die Befugnisse der Ausschüsse sind jedoch unzureichend; denn ihnen unterliegt nicht die Geschäftsführung, die Kostendeckung und die Stellung von Strafanträgen auf Grund des Berufsausbildungsgesetzes, also die Vorbereitung und die Ausführung ihrer eigenen Beschlüsse. Diese Angelegenheiten bleiben der Kammer, also den Arbeitgebern, allein vorbehalten. Die Gewerkschaften fordern ein weitergehendes Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen mittels einer Erweiterung der Befugnisse dieser Ausschüsse. Ferner müsse betont werden, daß es unfruchtbar ist, der großen Zahl von Handwerks- und Handwerkskammern die Regelung des Lehrlingswesens, namentlich des Arbeitsvertrages des Lehrlings, zu überlassen. Es muß eine zentrale Stelle geschaffen werden, die einheitliche Regelungen für einen weiteren Bereich zu treffen befugt ist. Kritisch zu bewerten sind vor allem die Bestimmungen, die sich auf eine mögliche Kollision zwischen Regelungen des Lehrvertrages durch Anordnungen der Organe des Gesetzes und durch Tarifverträge beziehen. Sie müssen eindeutiger formuliert werden, damit sie keine Einschränkungen des Rechtes, den Lehrvertrag durch Tarifvertrag zu regeln, zur Folge haben. Der Gesetzentwurf enthält somit neben beachtlichen Fortschritten über die geltenden gesetzlichen Bestimmungen hinaus manchen Mangel, den wir bekämpfen müssen. Er stellt auf jeden Fall eine Grundlage dar zur gesetzlichen Neuordnung der für die Gewerkschaften so wichtigen Gebiete. Er eröffnet den Gewerkschaften manche Möglichkeit, Einfluß auf die Regelung des Lehrlingswesens und der Berufsausbildung zu nehmen; er stellt ihnen aber auch bedeutungsvolle Aufgaben.

Schlieft (Deutscher Metallarbeiter-Verband) hält den Fortschritt des neuen Entwurfes gegenüber dem früheren für sehr

gering. Die Gewerkschaften sind nicht gleichberechtigt. Die Kamern, die Meister haben ihren Standpunkt vielfach durchgesetzt. Wir werden vermutlich sehr oft zu keiner Mitwirkung kommen, wo wir sie nicht im Kampf durchsetzen.

Bernhardt (Bundesvorstand): Die Kämpfe im Reichstag werden sehr hart sein. Unter keinen Umständen darf die Lehrzeit drei Jahre überschreiten. Die Schulstunden müssen nicht nur als Arbeitsstunden gelten, sondern auch in die Arbeitsstunden verlegt werden. Neben gewerbepolitischen sprechen auch pädagogische Gründe dafür. Die Ortsausschüsse des ADGB müssen darauf hinwirken. In einigen großen Städten bestehen von den Unternehmern eingerichtete Lehrwerkstätten, mit deren Hilfe die Unternehmer einen starken erzieherischen Einfluß in ihrem Interesse auf die Lehrlinge ausüben. Diese Werkstätten müssen unter staatliche Aufsicht gestellt werden. Der Entwurf muß in allen seinen Teilen gründlich verbessert werden, wenn er nicht dazu führen soll, daß viele von den Gewerkschaften errungene Vorteile auf dem Gebiete der Regelung des Arbeitsvertrages des Lehrlings in Verlust geraten. Wenn die Organisation mit dem Lehrling zusammenarbeitet, so ist das ein Gewinn für das Berufsverhältnis.

Mahler (Bundesvorstand): Der vorliegende Entwurf ist ein Produkt sehr harter Kämpfe. Die Praxis des Gesetzes wird abhängen von der Macht der Verbände. Zu bedenken ist, daß das Gesetz sämtliche Jugendlichen erfasst, nicht nur die Handwerkslehrlinge.

Tarnow (Bundesvorstand) sieht den grundsätzlichen Erfolg darin, daß das alte Privileg der Handwerkskammer durchbrochen ist. Die paritätische Umgestaltung der Handwerkskammer, überhaupt der Kammern, bleibt allerdings noch zu leisten. Tarnow gibt zu, daß für den Baugewerksbund, die Buchdrucker und Holzarbeiter eine gute Regelung der Lehrlingsverhältnisse gelungen ist; es ist aber in einigen Berufen auch schon in viel höherem Maße tatsächlich Arbeitsverhältnis geworden als in anderen Berufen. Die Alternative: gesetzlicher Fortschritt auf der ganzen Linie, wenn auch mit geringerem Einfluß der Gewerkschaften oder stärkerem Einfluß einiger Gewerkschaften im Tarifvertrag, besteht wohl kaum. Denn das Gesetz schaltet die tarifvertragliche Regelung nicht aus. Die Parität in den Ausschüssen ist eine wirkliche Parität. Die Arbeit in den Ausschüssen wird gewiß schwierig sein. Aber die Bestimmungen der Gewerbeordnung, die den Handwerkskammerorganen alleinige Rechte gaben, kommen doch in Fortfall. Kommt man in den Ausschüssen zu keiner Einigung, so bleibt der Weg der tarifvertraglichen Regelung für die Gewerkschaften offen. Die Konstruktion der paritätischen Ausschüsse gibt den Gewerkschaften einen weiten Spielraum. Trotzdem müssen natürlich noch manche Reformen angebracht werden.

Krauß (Buchdruckerverband) findet die Bestimmungen des Entwurfes immerhin besser als den gegenwärtigen Zustand. Er meint, das Gesetz müsse durch die Mitarbeit der Gewerkschaften mit lebendigem Geist erfüllt werden. Die Gewerkschaften, die praktisch das meiste erreicht haben, werden vielleicht unter Hinweis auf dies neue Gesetz Schwierigkeiten bei der Neuregelung von Tarifverträgen begegnen. Im Buchdruckergewerbe wird das kaum der Fall sein, aber vielleicht bei weniger stark organisierten Gewerkschaften. Man wird sich aber auch die Frage vorlegen müssen, ob man nicht entscheidende Instanzen (wie die Spruchkammern in der Arbeitslosenversicherung) schaffen soll. Die handwerklichen Berufe können auf die Regelung von Lehrlingshöchstzahlen nicht verzichten; darüber eine Einigung in den Ausschüssen herbeizuführen, ist seiner Ansicht nach schwierig. Daher ist eine Klausel notwendig, daß bestehende tarifliche Regelungen allen anderen Regelungen, etwa den Vereinbarungen der paritätischen Ausschüsse, vorgehen.

Im Schlußwort betonte Maschke, daß die Gewerkschaften selbstverständlich die Einbeziehung der Landwirtschaft in das Gesetz fordern. In den Ausschüssen bei den Kammern der Bezirke wird sich die Tätigkeit namentlich auf Fragen der Berufsausbildung erstrecken müssen, während die materiell-rechtlichen Bestimmungen des Lehrvertrages möglichst zentral festgesetzt werden sollten. Eine Regelung des Berufsschulbesuchs und die Festsetzung der Schulstunden kann nicht im Berufsausbildungsgesetz erfolgen, da sie Landesache ist. Die Gewerkschaften haben andere Möglichkeiten, sich dabei Geltung zu verschaffen. Im einzelnen muß der Entwurf sorgfältig und ohne Eile geprüft werden.

Nach einem Ueberblick über die parlamentarische Lage im Hinblick auf das Gesetz vertagte Grafmann die Beratungen.